

LOBBYISMUS

Ermittlungen gegen Klaeden

Der frühere Staatsminister im Kanzleramt Eckart von Klaeden gerät wegen seines Wechsels zur Daimler AG unter größeren Druck: Die Staatsanwaltschaft Berlin ermittelt nun gegen Klaeden wegen möglicher Vorteilsannahme. Das teilte eine Sprecherin am vorigen Freitag mit. Zuvor hatten die Ermittler monatelang eine Strafanzeige gegen den CDU-Mann geprüft (SPIEGEL 43/2013). Klaeden hatte im Mai bekanntgegeben, dass er ab Herbst als Cheflobbyist für Daimler arbeiten werde. Trotz Rücktrittsforderungen blieb er im Amt. Der Sprecher von Kanzlerin Angela Merkel erklärte damals, dass es bei Klaeden „keinen inhaltlichen Zusammenhang seiner Arbeit mit dem Automobilkonzern“ gegeben habe. Später wurde bekannt, dass sich Klaeden in seiner Amtszeit mehrmals mit Daimler-Vertretern getroffen hatte. Zudem erhielt er zwischen Januar und Mai 2013 Kenntnis von drei Vorlagen zur EU-Regulierung des Schadstoffausstoßes von Neuwagen. Klaeden, der seinen neuen Job am 1. November angetreten hat, weist den Vorwurf der Vorteilsannahme zurück. Korruptionswächter sprechen von einem außergewöhnlichen Vorgang: „Erstmals wird bekannt, dass gegen einen Spitzenpolitiker wegen des Seitenwechsels in die Wirtschaft strafrechtlich ermittelt wird“, sagt Edda Müller, Chefin von Transparency International Deutschland.



HC PLAMBECK / LAIF



Fliegerhorst Büchel

DAPD / DDP IMAGES

MILITÄR

Neue Atomwaffen in Deutschland

Entgegen den Erwartungen der Bundesregierung könnten in Deutschland neuartige US-Atomwaffen stationiert werden. Dies geht aus einem Bericht der Nationalen Nuklearen Sicherheitsbehörde an den US-Kongress hervor. Die Behörde behält sich demnach die Möglichkeit vor, Waffen mit neuen Fähigkeiten zu bauen; Voraussetzung dafür sei, dass die „Sicherheit und Zuverlässigkeit“ der Sprengköpfe erhöht

werden könne. Dies dürfte dazu führen, dass die in Deutschland gelagerten freifallenden Atombomben des Typs B61 zu präzisen Lenkwaffen umgerüstet werden.

Die Bundesregierung hatte in diesem Jahr in Antworten auf Anfragen der Grünen und der SPD mitgeteilt, dass es bei der Modernisierung der Atomwaffen nicht darum gehe, „neue Waffen oder neue militärische Fähigkeiten zu schaffen“. Dies entspreche den Vorgaben des US-Präsidenten Barack Obama. Die Vereinigten Staaten stationieren seit den fünfziger Jahren Atomwaffen in der Bundesrepublik; am Standort Büchel in der Eifel lagern bis zu 20 Bomben.